

Die „Österreichische Schule der Nationalökonomie“

(Bernhard Pichler)

Als „Österreichische Schule der Nationalökonomie“ (auch „Wiener Schule“, „Österreichische Grenznutzenschule“ oder „Psychologische Schule“ genannt) wird eine Gruppe von Wirtschaftswissenschaftlern bezeichnet, die eine bestimmte Lehrmeinung in der Volkswirtschaftslehre vertreten, die den Grundgedanken des klassischen Liberalismus nahesteht. Die „Österreichische Schule“ erstrebt, ausgehend von der subjektiven Wertlehre, das Ziel, alle wirtschaftlichen Erscheinungen in einer geschlossenen Kausalkette auf entsprechende Vorgänge im Innersten der Menschen zurückzuführen. Ihre Methode wird deshalb als *kausalgenetische Methode* bezeichnet, weil sie letztlich auf psychologische Tatbestände hinführt. Sie bedient sich (wie die Klassik) des Verfahrens der isolierenden Abstraktion und bevorzugt verbale Darstellungen. Ausgangspunkt ist der subjektive Wertbegriff: Der Wert eines Gutes beruht auf seiner Nützlichkeit, aber nicht nur auf seiner Nützlichkeit. Die Wertschätzung richtet sich nach der Intensität der Bedürfnisse, die mit zunehmendem Gütervorrat abnimmt. Damit ist neben der Nützlichkeit entscheidend für den Wert die mengenmäßige Größe des Gütervorrates. Beide Merkmale sind mit dem Begriff „Grenznutzen“ verbunden. Dadurch gelingt die Erklärung der seit den Klassikern der Nationalökonomie ungelösten „Wertantinomie“ zwischen Gebrauchswert und Tauschwert. Mit der psychologischen Zergliederung der menschlichen Bedürfnisse und Genüsse, des kontinuierlichen Sättigungsprozesses und der Teilquantitäten der Güter, die nacheinander zur Befriedigung dieser Bedürfnisse herangezogen werden, war das Paradoxon gelöst, dass selbst lebenswichtige Güter nur geringen Wert und Preis haben, wenn sie in großer Menge vorhanden sind, während objektiv unwichtige Güter („Seltenheitsgüter“) hohe Preise erzielen können. Die Lehre basiert auf den psychologischen Gesetzen von Heinrich Hermann Gossen (1810-1858), die erst nach seinem Tod von William Stanley Jevons (1835-1882) wiederentdeckt wurden. Aus diesen Grenznutzenüberlegungen wurde die Preisbildung abgeleitet – als Resultante der verschiedenen subjektiven Wertschätzungen von Anbietern und Nachfragern. Konkret bezeichnet man als „Gossensche Gesetze“ zwei volkswirtschaftliche Regeln, die auf der Annahme beruhen, dass individuelle Präferenzen in Form von Nutzen quantifizierbar sind. Demnach kann der Grad der

Bedürfnisbefriedigung eines Individuums ein Wert zugewiesen werden, der in Nutzeinheiten berechnet und ggf. mit verschiedenen Nutzeinheiten verrechnet werden kann. Das 1. Gossensche Gesetz (auch „Gesetz vom abnehmenden Grenznutzen“ oder „Sättigungsgesetz“ genannt) besagt, dass der Konsum eines Gutes mit zunehmender Menge einen immer kleineren Zusatznutzen (=Grenznutzen) stiftet. Diese Regel greift somit unter der Annahme kardinal messbaren Nutzens die Hypothese auf, dass zum Beispiel bei einem Hungergefühl die erste Scheibe Brot mehr Nutzen stiftet als die zweite, die zweite mehr als die dritte, die dritte mehr als die vierte und so weiter. Beim 2. Gossenschen Gesetz (auch „Gesetz vom Ausgleich der gewogenen Grenznutzen“ oder „Genussausgleichsgesetz“ genannt) geht es um die Verteilung des Einkommens auf eine Vielzahl von Bedürfnissen, mit dem Ziel, einen höchstmöglichen Gesamtnutzen zu erreichen. Ein Haushalt befindet sich demnach im „Haushaltsoptimum“, wenn seine Grenznutzen für alle Güter, jeweils geteilt durch den Preis des Gutes, wertmäßig übereinstimmen. Andernfalls könnte er seinen Gesamtnutzen steigern, da sich eine Umstrukturierung des Konsums so vornehmen ließe, dass eine Ausgabenreduzierung bei einem Gut weniger Nutzeneinbuße als eine entsprechende Ausgabenerhöhung bei einem anderen Gut Nutzenzuwachs bedeutet. Das 2. Gossensche Gesetz gilt sowohl für eine ordinale als auch für eine kardinale Messung des Nutzens. Hat jemand Hunger und Durst, so wird er demnach den Konsum zwischen Brot und Wasser so aufteilen, dass zum Schluss die ausgewogenen Grenznutzen zwischen diesen beiden vorhandenen Gütern genau übereinstimmen; er also nicht das Gefühl hat, zuviel/zuwenig Wasser oder zuwenig/zuviel Brot konsumiert zu haben. Das bedeutet, dass in diesem „Haushaltsoptimum“ das Preisverhältnis der beiden Güter *Brot* und *Wasser* mit dem Verhältnis ihrer Grenzrate der Substitution (Steigung der Indifferenzkurve) übereinstimmt.

Zentral für die „Österreichische Schule“ ist die Idee der evolutiven Schöpfung von Wissen durch das Unternehmertum und die Betrachtung der dynamischen Unsicherheit wirtschaftlicher Abläufe. Im Mittelpunkt steht der Mensch als kreativ Handelnder und als Protagonist aller wirtschaftlichen und sozialen Prozesse. Endzweck allen Wirtschaftens ist die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse. Die „Österreichische Schule“ betont die Bedeutung der einzelnen Menschen und deren

individuellen Vorlieben für die wirtschaftlichen Prozesse (sog. *Subjektivismus, methodologischer Individualismus*). Hinzu kommt eine generelle Abneigung gegenüber der mathematischen Erklärung von volkswirtschaftlichen Zusammenhängen, wie sie seinerzeit vom allem von der sog. „Lausanner Schule“ (Begründer: Walras, bedeutendste Vertreter: Pareto, Pantaleoni, Barone, Amososo u.a.) und der sog. „Cambridge Schule“ (Begründer: Jevons, Hauptrepräsentanten: Marshall, Edgeworth, Pigou, nach dem Ersten Weltkrieg: D. H. Robertson und J. M. Keynes) mit ihren mathematisch formulierten Gleichgewichtsmodellen initiiert wurde, die man der sog. „Neoklassischen Theorie“ zuordnet.

Als Gründer der „Österreichischen Schule“ gilt Carl Menger. Er wurde am 23. Februar 1840 in Neu-Sandez in Galizien als Sohn des Rechtsanwaltes Dr. Anton Menger, Edler von Wolfensgrün, geboren. Da der Adelstitel zweifelhaft war, wurde er von Carl Menger und seinen Brüdern abgelegt. Seine Mutter Karoline Gerzabek war die Tochter eines sudetendeutschen Kaufmanns, der sich durch den Erwerb der Staatsdomäne Maniow in Galizien als Grundbesitzer etabliert hatte. Carl Menger hatte Rechtswissenschaft an den Universitäten Wien und Prag studiert. 1867 promovierte er an der Universität Krakau. Er arbeitete zunächst als Journalist, dann als Beamter im Ministerratspräsidium in Wien, wo er die Presseberichterstattung in der Wiener Zeitung und die Sammlung von Wirtschaftsdaten aus der Presse zu betreuen hatte. Die Beobachtung der raschen Veränderungen der Preiskonstellationen während der Wiener „Gründerzeit“ soll ihn maßgeblich wissenschaftlich angeregt haben. 1871 veröffentlichte er die „Epochalen Grundsätze der Volkswirtschaftslehre“, mit denen er sich 1872 an der Universität Wien für Volkswirtschaftslehre habilitierte. 1873 nahm er die ihm angebotene außerordentliche Professur seines Faches an der Universität Wien an.

(Nebenbei bemerkt: Heute gibt es in Wien und in ganz Österreich keinen einzigen Lehrstuhl mehr, der die „Österreichische Schule der Nationalökonomie“ vertritt. Stattdessen beherrscht die staatsfromme keynesianisch geprägte „Mainstream-Ökonomie“ das Geschehen an den Hochschulen total – und zwar ungeachtet ihres Scheiterns in der Realität!)

1876 wurde Carl Menger Lehrer des Kronprinzen Rudolf in Politischer Ökonomie und wohl einer der einflussreichsten Erzieher im Sinne des Liberalismus: Er

publizierte später mit ihm gemeinsam und war derjenige Lehrer, der ihn auf seinen Reisen nach England, Frankreich, Deutschland und der Schweiz begleitete. Zurückgekehrt, wurde Menger 1879 ordentlicher Professor für Politische Ökonomie und widmete sich nun vornehmlich der universitären Lehre. Menger war ein begnadeter Lehrer, und er hatte in den 1880er Jahren begonnen, begabte junge Wissenschaftler um sich zu scharen; bis zu seiner Pensionierung wurden es insgesamt 14 Habilitierte. Hervorragend waren vor allem Eugen von Böhm-Bawerk mit seiner Dogmengeschichte der Zinstheorien, seiner Agiotheorie des Zinses und brillanten Darstellungen zur subjektivistischen Wertlehre; Friedrich von Wieser, mit seiner Weiterentwicklung der Wertlehre und mehreren geglückten Begriffsbildungen (Grenznutzen, Zurechnungslehre, Opportunitätskosten); Emil Sax mit einer Grundlegung der theoretischen Staatswissenschaft; Robert Zuckerkandl mit einer Theorie des Preises; Viktor Mataja mit einer Monographie zum Unternehmergewinn; Robert Meyer mit Arbeiten zur Steuertheorie oder Eugen von Philippovich mit seinem oftmals aufgelegten Lehrbuch „Grundriß der politischen Ökonomie“ (3 Bände, Wien 1897). Die Gruppe um Carl Menger veröffentlichte zudem laufend Beiträge zur Methodologie und setzte sich eingehend mit der Arbeitswerttheorie von Karl Marx auseinander, deren wissenschaftliche Unhaltbarkeit sie nachwiesen.

Carl Menger wurde Hofrat und 1900 auf Lebenszeit ernanntes Mitglied der zweiten Kammer „Österreichs“, des Herrenhauses. Nachfolger auf seiner Wiener Professur wurde 1903 Friedrich von Wieser (1851-1926), sein zweitbekanntester Schüler, neben Eugen von Böhm-Bawerk (1851-1914), der 1903 wieder einmal Finanzminister war, aber schon 1904 seinem Schwager Friedrich v. Wieser auf ein weiteres, eigens für ihn geschaffenes Ordinariat an der Universität Wien folgte.

Menger trug mit der Grenznutzenlehre entscheidend zur marginalistischen Analysemethode bei: Er vertrat die bereits geschilderte Auffassung, dass das klassische Wertparadoxon, also die Frage nach dem Verhältnis von Wert und Nutzen, eben dadurch gelöst werden kann, dass der Wert eines Gutes durch den Beitrag einer weiteren Einheit eines Gutes zur Befriedigung eines menschlichen Bedürfnisses bestimmt wird. Bekannt wurde dieser mikroökonomische Ansatz im so genannten „Methodenstreit der Nationalökonomie“ mit der „Historischen Schule“, in

dem Menger die These vertrat, dass die Wirtschaftstheorie gegenüber der Wirtschaftsgeschichte unabhängig sei. Die im damaligen Preußen vorherrschende „Historische Schule“ um Gustav Schmoller (1838-1917) vertrat einen streng relativistischen Ansatz. Schmoller verneinte ökonomische Gesetzmäßigkeiten und erklärte wirtschaftliches Geschehen als lediglich abhängig von den jeweiligen Zeitumständen. Menger hielt jedoch die ökonomischen Gesetzmäßigkeiten generell für logisch objektiv erkennbar.

Der „Methodenstreit“ zerstörte für den wissenschaftlichen Nachwuchs aus Österreich jegliche Chancen auf eine Universitätskarriere in Deutschland. Ein Großteil der Habilitierten wechselte infolgedessen in den öffentlichen Dienst oder in staatsnahe Institutionen wie Banken oder Kammern. Bis zum Zerfall der Habsburgermonarchie besetzten die Habilitierten der „älteren Österreichischen Schule“ viele Spitzenbeamten oder Minister (neben Eugen von Böhm-Bawerk, Friedrich von Wieser, Viktor Mataja, Robert Meyer, auch Richard Schüller und Richard Reisch), Kabinettschefs (Gustav Seidler, Rudolf Sighart), Bankdirektoren (Julius Landesberger, Sighart, Reich) und Abgeordnete sowie einen Reichsratspräsidenten (Emil Sax, Gustav Gross).

(Die Symbiose mit staatlichen bzw. halbstaatlichen Institutionen war folgenschwer: Mit dem Untergang der Monarchie ging auch die institutionelle Verankerung der „Österreichischen Schule“ verloren. Noch schwerer wog, dass sich, bis auf den völlig zurückgezogen lebenden Carl Menger und den jungen Ludwig von Mises, die Mitglieder der Schule durch die Mitarbeit im Generalkommissariat für Kriegs- und Übergangswirtschaft, dem österreichischen Experiment einer Zentralplanwirtschaft im Ersten Weltkrieg, in gewisser Weise desavouiert hatten.)

Carl Menger starb am 26. Feb. 1921 in Wien.

Der Ausdruck „Österreichische Schule“ wurde übrigens zunächst von den Vertretern der „Historischen Schule“ benutzt und sollte den Kreis um Carl Menger als provinziell abwerten. Die „Österreicher“ nahmen ihn aber bald selbst an und zitierten später gerne polemisch ihre Gegner, die sich selbst zunächst positiv gemeint als „intellektuelle Leibgarde des Hauses Hohenzollern“ bezeichnet hatten, eben als solche.

Eugen von Böhm-Bawerk ergänzte Mengers Lehre um eine subjektivistische Kapital- und Zinstheorie, wonach der Kapitalzins in einem Marktprozess zwischen Individuen mit unterschiedlichen Zeitpräferenzen entsteht. Der Eigentümer von Kapital verzichte auf Konsum in der Gegenwart, um als Gegenleistung für seinen Verzicht den Zins zu erhalten (Gesetz der Gegenwartspräferenz). Die unternehmerische Bewertung des Werts der Zeitpräferenz drückt sich im Marktpreis aus: dem Zins. Der Zins ist zentral für die Produktionsstruktur einer Gesellschaft. Die Akkumulation von Kapitalgütern entstehe durch Abwägung der bestmöglichen Ausnutzung von Gegenwart und Zukunft. Der Unterschied zwischen reichen und armen Nationen liege in der Höhe des in der Zeit angesparten Kapitalstocks. Unter Kapital versteht Böhm-Bawerk den Wert der Kapitalgüter in Marktpreisen. Da in sozialistischen Wirtschaftsordnungen keine Märkte und somit auch keine Preise vorhanden sind, ist dort keine Wirtschaftsrechnung möglich (keine Ressourcenallokation!) und es existiert folglich kein Kapital.

Ludwig von Mises (1881-1973) baute auf dieser Grundlage (sowie den Erkenntnissen der *Currency School*) seine Geld- und Konjunkturtheorie auf. Er erklärte Konjunkturzyklen mit der Verzerrung des Produktionsprozesses durch die Geldschöpfung der Zentralbanken, die durch zu niedrige Zinsen überhöhte Investitionen anregen, die nicht durch entsprechenden Konsumverzicht bzw. Ersparnisse gedeckt sind. Sein Schüler Friedrich A. von Hayek (1899-1992) präziserte -unter Hinzuziehung der *Theorie des natürlichen Zinses* von Knut Wicksell- diese Theorie und stellte sich damit in scharfen Gegensatz zur Theorie von John Maynard Keynes (1883-1946). Nach Hayek beruhen Ungleichgewichtsprozesse auf dem Auseinanderklaffen von *natürlicher Zinsrate* und dem von den Banken festgelegten Zinssatz. Grundlegend für Hayeks Konjunkturtheorie sind folgende Thesen: Durch freiwilliges Sparen verringert sich die Nachfrage nach Konsumgütern. Der relative Preis der Konsumgüter sinkt. Die Kapitalbildungsquote steigt, wodurch der Geldzins sinkt. Sinken die Kapitalkosten, so wird die Investition in ergiebigere Produktionsmittel lohnender (*Ricardo-Effekt*). Solange dies auf freiwilligem Sparen beruht, strebt die Wirtschaft einem Gleichgewicht entgegen. Sinkt jedoch durch eine Kreditexpansion der Geldzins unter die *natürliche Zinsrate*, steigen die Investitionen in Produktionsmittel. Der

verringerten Konsumgüterproduktion steht eine gleichbleibende Nachfrage entgegen. Der Konsumverzicht führt zu „erzwungenem Sparen“, das den von den Investoren beanspruchten Ressourcen entspricht. Mit der dadurch verursachten Preissteigerung erreicht das Wirtschaftshoch einen kritischen Punkt: Die Konsumgüterpreise steigen bei nunmehr steigendem Zins. Die einzigen Lösungen waren für Hayek die weitere Kreditexpansion, um die Abnahme der Kapitalgüternachfrage zu vermeiden, oder der schmerzhaft, aber dauerhaft unvermeidliche Prozess der Rezession. Die Weltwirtschaftskrise bestätigte Hayeks Theorie.

Hayek erhielt 1974 für sein Werk „Preise und Produktion“, in welchem er die Kapitaltheorie von Böhm-Bawerk übernahm, den Wirtschaftsnobelpreis.

Gerade in der heutigen Schulden-, Finanz- und Eurokrise die die „Österreichische Schule“ vorausgesehen hat, kann nur sie mögliche Lösungsansätze liefern.

Nach Fritz Machlup (1902-1983), einem Schüler von Friedrich von Wieser und Ludwig von Mises, bilden sechs Hauptlehren das Herzstück der „Österreichischen Schule“:

- Methodologischer Individualismus: Wirtschaftliche Sachverhalte müssen aus dem Handeln von Individuen heraus erklärt werden (nicht zu verwechseln mit dem ideologischen oder politischen Individualismus). Den Gegensatz stellt der methodologische Kollektivismus dar.
- Methodologischer Subjektivismus: Wirtschaftswissenschaft basiert auf der Untersuchung der Handlungen realer Individuen, deren subjektivem Wissen (oder Unwissen), ihren subjektiven Bedürfnissen und ihren subjektiven Erwartungen.
- Grenznutzenlehre: Alle ökonomischen Entscheidungen werden durch die Grenznutzen bestimmt, d.h. den Nutzenzugang oder Nutzenentgang der letzten Einheit.

- Nützlichkeit: Subjektive Wertungen (Nützlichkeit) und abnehmender Grenznutzen bestimmen die Nachfrage und somit den Marktpreis.
- Opportunitätskosten: (auch „Wieserisches Kostengesetz“ genannt). Handlungen sind abhängig von der Bewertung alternativer Handlungsmöglichkeiten.
- Zeitstruktur von Konsum und Produktion: Die Entscheidung zu sparen oder zu konsumieren, entsteht durch die subjektive Zeitpräferenz.

Das verbindende Band der „Österreichischen Schule“ ist mehr oder weniger ihr ausgeprägter Wirtschaftsliberalismus, der wiederum maßgeblich auf Menger zurückgeht. Theoretisch fasst er auf Mengers Variante des Subjektivismus, verkörpert im Zeit-Irrtum-Topos (Erich Streissler). Denn irrt sich der Mensch in seiner Einschätzung der Zukunft, so trifft dies vor allem auch auf Wirtschaftspolitiker zu. Die Folgen wirtschaftspolitischer Interventionen sind eben nicht vorhersehbar. Daher sollten solche Eingriffe generell unterbleiben. Diese Argumentation lehnt sich eng an die von Adam Smith an. Staatseingriffe hemmen die Privatinitiative, weswegen Sozialismus und Kommunismus strikt abgelehnt werden. Niemals hat eine zentrale staatliche Planbehörde vergleichbares Wissen verfügbar, wie es über das Preissystem des freien Marktes zum Ausdruck kommt. Politische wie wirtschaftliche Ordnung sind ebenso wie die individuelle Freiheit unteilbar. Der Marktmechanismus verhindert in seiner Wirkung als „riesiges Machtzerschlagungsinstrument“ (Karl Braunschweig) die Macht von Menschen über andere Menschen, wie es dem ethisch-moralischen Ideal des Liberalismus entspricht. Statt eines Über- bzw. Unterordnungssystems wie in der Zentralplanwirtschaft („Befehlswirtschaft“, „Kommandowirtschaft“) stellt der Markt ein anonymisiertes Allokationsprinzip dar, in dem lediglich das Zusammenspiel zwischen Angebot und Nachfrage entsprechende Handlungsanweisungen an die Marktteilnehmer aussendet. Erfolg hat nur derjenige, der den nachfragenden Konsumenten das beste Angebot bietet.

Die „Österreichische Schule“ unterscheidet sich von der formalisierten „Mainstream-Ökonomie“ durch ihren erkenntnisbezogenen, epistemologischen Zugang, der jeder

Objektivierung und Messbarkeit widersteht, weil er reale Menschen als freie Akteure in den Mittelpunkt rückt. Die „Austrians“ brauchen deshalb weder vollständig rationale noch irrationale Menschen für die Erklärung des wirtschaftlichen Geschehens; ihr Denkansatz arbeitet mit Menschen, die im großen und ganzen den ewigen ökonomischen Gesetzmäßigkeiten der Knappheit, der Knappheitsüberwindung und des Strebens nach Gewinn handeln, mit Menschen also, wie sie nun mal sind. Dabei können die Wirtschaftssubjekte jeweils ganz unterschiedliche, ja widersprüchliche zeitliche, geldmäßige und sonstige Vorstellungen haben. Die „Austrians“ benötigen deshalb auch keine hochgestochenen mathematische-statistische Theoriemodelle, weder Globalgrößen noch Durchschnittsgrößen (die sowieso nicht aufeinander wirken), sondern vielmehr ihren ökonomisch geschulten und geschärften Verstand. Zentral ist für die „Austrians“ die Erkenntnis, dass Wissen durch den Marktprozess selbst entsteht und somit alle wirtschaftlichen Abläufe einer dynamischen Unsicherheit unterliegen.

Die „Österreichische Schule“ betont die freie Entscheidung des Individuums, den Schutz des Privateigentums, die Bedeutung des Marktes zur Informations- und Wissensvermittlung im wirtschaftlichen Prozess, den innovativen Unternehmer und den Wettbewerb als Entdeckungsverfahren. Laut der „Österreichischen Schule“ ist es eine Hauptaufgabe der Regierung, Sparsamkeit und Fleiß der Bürger zu unterstützen und dabei selbst mit gutem Beispiel voranzugehen. Nur geordnete Staatsfinanzen, eine stabile Währung, freier Wettbewerb, Freihandel, garantiertes Privateigentum, Vertragsfreiheit und Rechtsstaatlichkeit führen zu Wohlstand (Massenwohlstand) und somit zur Sicherung der persönlichen Freiheit jedes einzelnen Bürgers.

Einen sog. „dritten Weg“ zwischen Sozialismus und Kapitalismus gibt es nicht. Der „Sozial-Sozialismus“ des modernen Wohlfahrtsstaates endet letztlich in der schamlosen Überschuldung und somit am Ende in der Pleite!

Eine richtig verstandene Volkswirtschaftslehre ist demnach nichts anderes als angewandter Liberalismus (nach Ludwig von Mises).

Quellen:

Roland Baader: Booms and Busts: Ludwig von Mises Institut Deutschland, 14.6.2013

Roland Baader Geld, Gott und Gottspieler, 2. Aufl., Gräfeling 2005

Roland Baader: Geldsozialismus, Gräfeling 2010

Christoph Braunschweig: Die demokratische Krankheit, München 2012

Christoph Braunschweig: Wohlfahrtsstaat – leb wohl!, Münster/Berlin 2013

Karl Braunschweig: Skripten – Mittelkurs: Mikroökonomie I, Köln 1964

Wolfram Engels: Soziale Marktwirtschaft, Stuttgart 1972

Hayek Akademie, Salzburg: Studienmaterialien

Gregor Hochreiter: Geld, Gesellschaft, Zukunft, Gräfeling 2014

Karen Horn: Die Soziale Marktwirtschaft, Frankfurt a. M. 2011

Erich Streissler: Carl Menger, in: Klassiker des ökonomischen Denkens, Hrsg.:

Joachim Starbatty, Hamburg 2012